# Beschluss: Landesdelegiertenkonferenz Stralsund, 10. + 11. Oktober 2015

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN MECKLENBURG-VORPOMMERN

## Gutes Klima für Mecklenburg-Vorpommern

Wirbelstürme, Hitzewellen, sintflutartige Regenfälle und Hochwasser: selbst in Mecklenburg-Vorpommern haben in den letzten Jahren Wetterextreme drastisch zugenommen. Sie sind Ausdruck der Globalen Klimakrise. Die Menschen im Globalen Süden sind davon unweit stärker betroffen, obwohl wir im Globalen Norden eine erhebliche Verantwortung für diese Situation haben: 80% des weltweiten CO2 werden hier ausgestoßen. Deutschland sah sich als Vorreiter im Klimaschutz. Inzwischen macht die Regierung in Berlin eine Rolle rückwärts. Die selbstgesteckten Klimaschutzziele sind inzwischen weit entfernt: 2020 sollten die CO2-Emissionen um 40% (gegenüber 1990) gesenkt werden. Statt beim Kohleausstieg ernst zu machen, werden Subventionen auf längst abgeschriebene Meiler beschlossen.

Angesichts der Dramatik der Klimaveränderung kann aber nur eine klimaneutrale Welt, und damit ein klimaneutrales Mecklenburg-Vorpommern, unser Ziel sein. Energie, Wärme, Verkehr und Landwirtschaft – in diesen Bereichen haben wir politisch und gesellschaftlich die Möglichkeiten kleine und große Veränderungen hin zu einem klimaneutralen Mecklenburg-Vorpommern zu schaffen. (Dabei ist es Aufgabe der Politik und der politisch handelnden Personen mit guten Beispielen voran zu gehen.) Das deutsche Vorzeigeprojekt der Energiewende ist unter Merkel ins Stocken geraten. Der gebremste Netzausbau ist de facto Bestandsschutz für Braun- und Steinkohle und ein Hemmnis für eine wirtschaftliche Entwicklung Mecklenburg-Vorpommerns. Das ist unverantwortlich gegenüber dem Land, der Natur und Umwelt.

### Energiewende ist Klimaschutz

Mehr als 80% der deutschen Treibhausgasemissionen sind energiebedingt. Klimaschutz energetisch zu denken heißt, die Bereiche Mobilität, Wärme- und Stromerzeugung gleichberechtigt zu betrachten. Überall müssen wir deutliche CO2-Einsparungen erzielen, um aktiv Klimaschutz zu betreiben. Der effiziente und sparsame Umgang mit Energie ist entscheidend für einen gelingenden Klimaschutz. Jede eingesparte Tonne CO2 entlastet das Klima und schont Natur und Umwelt. Priorität haben deswegen Energieeinsparungen. Ihre Potentiale zu nutzen, ist für eine bündnisgrüne Energiewende von besonderer Bedeutung. Im Wärmebereich braucht Mecklenburg-Vorpommern innovative Konzepte, die Nah- und Fernwärme realistisch und effizient neu planen. Gerade im ländlichen Raum können erneuerbare Wärmekonzepte für kleine Siedlungszusammenhänge Vorbildcharakter entwickeln. Das Potential ist enorm und sollte nicht bei energetischen Haussanierungen und baurechtlichen Auflagen stocken. Dass die Schweriner Landesregierung hier keinen Handlungsbedarf sieht, hat sie eindrucksvoll im Landesenergiekonzept bewiesen: der Wärmebereich als Handlungsfeld taucht hier faktisch nicht auf!

Ein weiterer entscheidender Schritt für die gelingende Energiewende ist die Umstellung unserer Energieversorgung von fossilen Rohstoffen (Kohle, Atom, Erdöl und Erdgas) hin zu regenerativen Energiequellen. Der Sachverständigenrat für Umweltfragen geht davon aus, dass ca. 95% der heute bekannten fossilen Ressourcen nicht verbrannt werden dürfen, wenn wir das 2-Grad-Ziel erreichen wollen.

Allein die Stromerzeugung ist für 40% der energiebedingten Treibhausgasemissionen verantwortlich. Der sozialverträgliche Ausstieg aus der Kohle- und Atomenergie ist dafür unabdingbar. Besonders die Braunkohlekraftwerke sind wahre Dreckschleudern und europaweit die größten Quellen des giftigen Schwermetalls Quecksilber. Umweltschädliche Emissionen, insbesondere der CO2-Ausstoß müssen einen angemessenen Preis erhalten, der die externen Kosten berücksichtigt und klimapolitisch Wirkung entfaltet. Die Stromkonzerne dürfen ihre Risiken und Auswirkungen auf die Umwelt nicht länger der Allgemeinheit aufbürden.
Bei den erneuerbaren Energiequellen setzten wir in M-V hauptsächlich auf Wind, Solar und Biomasse. Als erstes Bundesland schaffen wir es mehr Ökostrom zu produzieren, als wir selbst verbrauchen. Die Windkraft spielt dabei eine wichtige Rolle mit 1742 Anlagen bei einer installierten Leistung von 2,7 GW. Sollte M-V, gemessen an seiner Landesgröße, 6,5% des bundesdeutschen Stroms aus 100% Erneuerbaren erzeugen, müssten in einem sinnvollen Szenario die installierte Leistung verdoppelt werden. Mit effizienteren Anlagen können dies insgesamt 2200 Anlagen erreichen, der gesamte Ausbaukorridor ist absehbar. Mit den Abstandsregeln, wie sie die Mehrheit der regionalen Planungsverbände anwenden, kann ein Ausbau der Windenergie planerisch sinnvoll umgesetzt werden.Wir halten die bestehenden Abstandsregelungen zu Bebauungen für sinnvoll.
Gleichzeitig müssen die Planungsprozesse transparenter gestaltet werden und die Anwohner_innen vor Ort eingebunden und beteiligt werden. Dazu gehören auch die Mitwirkungs- und Einspruchsmöglichkeiten.
Das für Meereswindparks absehbar nutzbare Potenzial vor der Küste Mecklenburg-Vorpommerns beträgt maximal 4.000 – 5.000 MW. Für 100% Energie aus erneuerbaren Quellen ist die Nutzung der Windressourcen des Meeres ein wichtiger Baustein, für dessen Einsatz wir gemeinsam mit den anderen Küstenbundesländern die Verantwortung tragen. Entscheidend für uns ist dabei ein naturverträglicher Offshore-Ausbau, der den sensiblen Lebensraum Ostsee bestmöglich schützt.
Die Nutzung von Photovoltaik muss sich gerade für kleine Dachflächen wieder lohnen, gesichert durch eine verlässliche Finanzierung durch das EEG. Die Biomasse sollte aufgrund ihrer begrenzten Verfügbarkeit gezielt und effizient eingesetzt werden. Wir sprechen uns klar für die naturverträgliche Nutzung im Rahmen einer nachhaltigen Land- und Forstwirtschaft aus. Bei Biogas wollen wir die direkte Einspeisung ins Erdgasnetz weiter vorantreiben.

Eine Senkung des Verbrauchs, die effizientere Nutzung von Energie und ein Ausbau der Erneuerbaren sind der Dreiklang der Energiewende. Getragen wird diese auch von privatem Engagement, beispielsweise in Energieeffizienzgenossenschaften und Energiespar-Bürgerprojekten. Wo immer Menschen aktiv selber Klimaschutz betreiben, sollen sie in ihrem Handeln unterstützt und gestärkt werden.

Um die Energiewende voranzutreiben und damit ernsthafte Klimaschutzpolitik zu betreiben fordern wir Bündnisgrüne:

- Eine integrierte Klimaschutz- und Energiepolitik für Mecklenburg-Vorpommern mit verbindliche Klimaschutzzielen und Teilzielen, einer regelmäßigen Berichterstattung über die Erreichung der Teilziele und die Schaffung von verbindlichen Anpassungsmechanismen bei Nichterreichung der Ziele.

- Eine Landesenergie- und Landesklimaschutzagentur. Mecklenburg-Vorpommern ist das einzige Bundesland ohne dieses Steuerungsinstrument zur Umsetzung der Energiewende auf regionaler und kommunaler Ebene.

- Ein verbindliches Konzept zur Schaffung einer klimaneutralen Landesverwaltung, eine nachhaltige Beschaffungsstrategie und die Nutzung erneuerbarer Energien zur Strom und Wärmeerzeugung in Landesliegenschaften.
- Intelligente Vernetzungen der Gas-, Strom- und Wärmenetze bieten große Chancen für eine verstärkte Nutzung der Ausgleichsmöglichkeiten untereinander. Die Umwandlung von Strom in Wärme mit möglichst hoher WEffiziens, Power-to-Heat, kann dabei Schwankungen in der Stromproduktionflexibel nutzbar machen. Der Ausbau von Nah- und Fernwärmenetzen leistet einen wichtigen Beitrag zur Energiewende und damit zum Klimaschutz.

## Nachhaltige Mobilität ist Klimaschutz und gesellschaftlicher Gewinn

Der Verkehrssektor ist in Deutschland für 25% der CO2-Emissionen verantwortlich, 75% davon werden wiederum durch den Straßenverkehr verursacht. Trotz der effizienteren Technik gab es hier seit 1990 keine Reduktion, da gleichzeitig der Verkehr zunahm und die PKWs größer wurden. Eine Verringerung des Autoverkehrs ist damit ein großer Beitrag zum Klimaschutz. Doch auch soziale und wirtschaftliche Probleme stehen im Raum. Der Regionalwirtschaft fällt es schwer, sich zu etablieren, wenn die Konkurrenz dank viel zu geringer Transportkosten den Markt beherrscht. Der Tourismus, wichtiger Wirtschaftsfaktor in MV, wird zum Großteil über den MIV abgewickelt und bringt damit leider nicht nur erholungssuchende Gäste und Geld ins Land, sondern auch endlose Blechlawinen im Sommer. In entsprechenden Ortslagen leiden die Anwohner unter Verlärmung und Abgasen Es ist uns sehr wohl bewusst, dass gerade im ländlichen Raum aktuell kaum Möglichkeiten bestehen sich anders fortzubewegen als mit dem eigenen PKW. Mobilität ermöglicht den Menschen Teilhabe am sozialen und gesellschaftlichen Leben. Verkehr führt sie zur Arbeitsstätte, zur Schule, zu Freunden, Familie, zum Arzt und zu Orten der Erholung und Kultur. Verkehr bringt Waren des täglichen Bedarfs, Gäste, materiellen und ideellen Input. Verkehr ist nötig. Wenn allerdings die Regionen selbst gut aufgestellt sind mit wirtschaftlicher und sozialer Infrastruktur sowie lebenswerter Umgebung entfällt die Notwendigkeit weiter Wege. Insofern ist die Entwicklung des ländlichen Raumes der wichtigste Schritt zur nachhaltigen Mobilität und damit ein wertvoller Beitrag zum Klimaschutz. Wege, die nicht zurückgelegt werden müssen, sparen natürliche und finanzielle Ressourcen sowie Zeit.
Die Landesregierung geht von sinkenden Fahrgastzahlen im ÖPNV und Bahnverkehr aus. Begründet wird dies allein mit den sinkenden Bevölkerungszahlen. Eine systematische Untersuchung zu den tatsächlichen Gründen des Nachfragerückgangs gibt es indes nicht. Es gibt keine langfristige Mobilitätsstrategie, die auf eine Angebotsverbesserung und so eine Nachfrageerhöhung abzielt. Damit Menschen aus dem Auto aus- und in den Bus oder die Bahn einsteigen, darf für die Menschen vor allem kein nennenswerter Zeitverlust entstehen. Die Erreichbarkeit aller Oberzentren untereinander mit dem Nahverkehr und Bahn muss in der gleichen Fahrzeit möglich sein, wie mit dem Auto. Auch Fernreisen beginnen vor der Haustür. Zwei von Drei Fernverkehrsreisenden der Bahn kommen aus dem ländlichen Raum. Gute Anbindung des ÖPNV an die Fernverkehrsstrecken erhöht die Attraktivität beider Verkehrsmittel. Auch das Umsteigen auf das Fahrrad muss vereinfacht werden. Dazu gehören sowohl ausreichende und kostenfreie Mitnahmekapazitäten in allen Bus- und Bahnverbindungen, wie auch der Lückenschluss in den Radwegenetzen. Elektromobilität gehört bereits heute zu unserem Alltag. Viele Züge werden elektrisch betrieben. Dies wollen wir auf Busse und Pkws auch im Carsharing ausweiten. Wir unterstützen die Forschung an umweltfreundlichen und leistungsstarken Akkus und die weitreichende Bereitstellung einer Ladeinfrastruktur, die Strom aus erneuerbaren Energien liefert. Nur wenn die Infrastruktur vorhanden ist, erhalten Menschen in Mecklenburg-Vorpommern eine tatsächliche Chance umzusteigen.

Für nachhaltige, klimafreundliche und soziale Fortbewegung in M-V fordern wir:

- Einen Integraler Taktfahrplan für ganz Mecklenburg-Vorpommern.
- Die Ertüchtigung von Haltestellen und Bahnstrecken.
- Eine Landesmobilitätsstrategie die darauf abzielt mehr Menschen für denÖPNV zu gewinnen und so den Kostendeckungsgrad zu erhöhen.
  - Zügige Lückenschlüsse im Radwegenetz.
  - Eine Verdreifachung der Landesmittel für Rad- und Fußverkehr Kostenlose Fahrradmitnahme in Bussen und Bahnen.
- Ein verbindliches Konzept zur Unterstützung von Carsharing und Elektromobilität als ergänzende Maßnahmen zum ÖPNV Angebot.
  - Im Straßenbau den Schwerpunkt auf Bestandserhalt und Erhöhung der Verkehrssicherheit zu legen.
  - Die Umstellung der Fuhrparks der kommunalen und landeseigenen Institutionen auf regenerative Antreibe bis 2030 und die Schaffung der entsprechenden Infrastruktur für eMobility.

## Klimaschutz ist Umweltschutz

Die industrielle Landwirtschaft trägt weltweit massiv zur Freisetzung von Treibgasemissionen bei. Gleichzeitig stellen die Folgen große Herausforderungen für die Landwirt_innen, auch in Mecklenburg-Vorpommern, dar. Die Landwirtschaft muss auch weiterhin vorrangig der Lebensmittelproduktion dienen. Sie darf nicht als Kompensation von Emissionen aus anderen Wirtschaftssektoren herhalten. Die Klimawirkung des Bodens ist enorm: Auf globaler Ebene bindet allein schon der Humusanteil des Bodens mit etwa 1.500 Milliarden Tonnen fast dreimal mehr Kohlenstoff als die gesamte lebende Biomasse, also alle Lebewesen inklusive Bäumen, Sträuchern und Gräsern.
Doch Bodendegradation (Verschlechterung) und Bodenversiegelung zerstören diese positive Kraft: Schon 2020 wäre nach jetzigen Trends die Grenze erreicht, bei der die globale Landnutzung noch ökologisch tragfähig ist[1].
Auch die Tierhaltung hat größere klimatische Auswirkungen als vielen bewusst ist. Die industrielle Tierhaltung ist innerhalb der Landwirtschaft der größte Verursacher von klimaschädlichen Prozessen.[2] Wenn Milch, Eier und Fleisch in industriellen Tierhaltungsanlagen produziert werden, wo ein erheblicher Teil des Tierfutters aus importierten Soja besteht, hat das negative Klimawirkungen: tropische Wälder werden abgeholzt, grüne Weiden werden zu Sojaäckern, der Transport des Sojaschrots von Süd-Amerika in unsere Seehäfen verursacht umweltschädliche Abgase und gefährdet die Meeresumwelt. Weil unsere landwirtschaftliche Überproduktion inzwischen die Grundlagen unserer Ernährung akut gefährdet, fordern wir eine grüne Agrarwende, mit einer klimaneutralen Landwirtschaft.

---

[1] Bodenatlas, Mai 2015 Heinrich-Böll-Stiftung, Institute for Advanced Sustainability Studies, Bund für Umwelt- und Naturschutz Deutschland und Le Monde diplomatique.

[2] Wege aus der Hungerkrise: Die Erkenntnisse und Folgen des Weltagrarberichts: Vorschläge für eine Landwirtschaft von morgen (Dezember 2013)

Ein Großteil der Agrarbeihilfen hat immer noch keinerlei positive Lenkungswirkung auf den Klimaschutz, da die Subventionszahlungen nicht an wirksame Bedingungen bezüglich einer klimafreundlichen Bewirtschaftung geknüpft sind. Klimaschädlichen Anbau- und Produktionsmethoden sowie Handelsströme erhalten durch die Pauschalförderung und das fehlende Verursacherprinzip bzgl. der Kosten der Klimaschäden einen Wettbewerbsvorteil gegenüber der kostenintensiveren klimafreundlichen Wirtschaft. Wir Grünen fordern diese klimaschädigende Agrarförderung zu beenden. Dafür muss die Halbzeitbewertung der EU-Fördergelder im Agrarbereich für einen Paradigmenwechsel genutzt und eine ökologische Ausgestaltung der kommenden Förderperiode vorbereitet werden.
Neben den CO2 Emissionen werden in der Landwirtschaft weitere giftige und klimaschädliche Stoffe freigesetzt. Ammoniak, Nitrat, Nitrit und Distickstoffmonoxid (Lachgas), allesamt Stickstoffverbindungen, haben eine bis zu 300fach stärkere schädigende Wirkung auf das Weltklima. Der Stickstoffbindung im Boden kommt daher eine zentrale Rolle im Klimaschutz zu. Mit der Verbesserung der Humusgehalte und dem Erhalt, bzw. der Wiedervernässung der Moore im Land, kann Mecklenburg-Vorpommern hier einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz leisten. Für einen substanziellen Beitrag zum Klima- und damit Umweltschutz fordern wir:

- Eine stärkere Berücksichtigung von Klima- und Umweltschutzbelangen in allen Politikbereichen. Dafür ist die entsprechende Sachkompetenz in allen Ressorts der öffentlichen Verwaltung notwendig, wie auch die funktionierende Zusammenarbeit zwischen Fach- und Umweltschutzressorts.
- Eine intensive Öffentlichkeitsarbeit und Aufgreifen des Themas in der Schule.
- Die Ausrichtung der Landesforschung auf bodenverbessernde, ökologische Anbaumethoden.
- Den Schutz ungenutzter Wälder und die verstärkte Fortführung des Waldumbaus hin zu einer hohen Artenvielfalt, z.B. nach den Leitlinien der Dauerwaldbewirtschaftung.
- Den Erhalt von Salzgrasländern als Schutz für die erosionsbedrohten Flachküsten der Boddenlandschaft.
- Eine an die natürlichen Grundlagen der Landwirtschaft angepasste Tierhaltung, die mittelfristig ohne Sojaimporte auskommt.

Eine klimaneutrale Welt ist kein kurzfristig erreichbares Ziel. Die Auswirkungen unserer Entscheidungen von heute werden wir erst in Jahrzehnten sehen. Genau deshalb ist es an uns für zukünftige Generationen gute Ausgangsbedingungen zu schaffen und nicht nach dem „Nach mir die Sintflut“ Prinzip zu handeln. Wir stellen uns dieser Verantwortung und arbeiten im Großen und Kleinen daran in allen Bereichen der Gesellschaft Verständnis für die Bedeutung des Klimaschutzes zu entwickeln und entsprechend zu handeln.